

Die Geldmaschine

FINANZSYSTEM Die Vollgeld-Initiative verspricht mehr Geld für alle und mehr Finanzstabilität. Dafür verlören die Banken an Macht. Und es braucht eine Finanzwelt-Revolution.

DANIEL KLINGENBERG
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Keystone/Martin Rüetschi

Woher kommt das Geld? Die Antwort von Finanzlaien auf diese Kinderfrage ist falsch, zumindest unvollständig: von der Schweizerischen Nationalbank. Sie hat zwar seit 1891 das Monopol für die Bargeldherstellung. Aber dieses macht nur gerade 10 Prozent des Geldes aus, das in der Schweiz im Umlauf ist. 90 Prozent ist «elektronisches Geld», das von Konto zu Konto wandert. «Geschaffen» wird es von den Banken durch Kreditvergabe, die dafür Kreditzinsen bekommen und mit ihrem selbst geschaffenen Geld an die Börse gehen.

Nur zu kleinem Teil Bargeld

Wenn das System stabil ist, funktioniert das. Erst wenn die Sparer aufgrund einer Krise befürchten, dass sie ihr Geld nicht mehr bekommen und in einem «Bank-Run» ihr Erspartes abheben wollen, kommt es zum Crash. Denn das Geld der Bank ist nur zu einem kleinen Teil in Bargeld als Eigenmittel vorhanden, sie kann daher nur dieses auszahlen.

Mit Vollgeld würde das nicht passieren. Denn bei einer Annahme der Initiative kommt auch das elektronische Geld von der Nationalbank (SNB), nur sie kann es schaffen. Alles Geld, das im Umlauf ist, stellt die SNB her und ist auch im Krisenfall vorhanden.

«Macht des Sachzwangs»

Dafür aber ist eine grundlegende Systemänderung in der Finanzwelt notwendig. Nicht weniger als das hat sich der Verein mit dem etwas esoterisch anmutenden Namen MoMo, was für Monetäre Modernisierung steht, zum Ziel gesetzt. Der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich, der am Initiativtext mitgearbeitet hat, sagt denn auch: «Die «Vollgeld-Initiative» nimmt den Banken ihre «Macht des Sachzwangs»: Heute muss der Staat in einer Krise Banken einer so genannten «Too big to fail»-Grösse retten, weil sonst der Zahlungsverkehr zusammenbricht.»

«Initianten betonen einseitig die Vollgeld-Vorteile»

INTERVIEW Peter Bernholz (85) ist emeritierter Professor für Nationalökonomie der Universität Basel und Währungsexperte. Er hat Sympathien für die Vollgeld-Idee, lehnt aber die Initiative ab.

Peter Bernholz, die Initianten der Initiative behaupten, die Finanzmärkte würden mit Vollgeld stabiler. Stimmt das?

Peter Bernholz: Das ist richtig. Doch man darf nicht glauben, dass dann alle Krisen verschwinden würden. Aber weil dann alles Geld von der Nationalbank geschaffen würde, könnten die Banken in einer Vertrauenskrise, etwa wenn alle Sparer ihr Geld abheben wollten, auch nicht mehr wegen der Abhebungen in Zahlungsschwierigkeiten kommen. Dieses Problem gäbe es nicht mehr.

Warum lehnen Sie die Initiative trotzdem ab?

Bernholz: Die Initianten betonen etwas einseitig die Vollgeld-Vorteile, zeigen aber die Nachteile des von ihnen vorgeschlagenen Übergangs zum neuen Vollgeld-System nicht klar auf. Bei einer Abstimmungsvorlage mit diesem Komplexitätsgrad muss man dies aber tun. Ich sehe nicht, wie der normale Bürger dies sonst sollte beurteilen können.

Was sind denn die Nachteile?

Bernholz: Die Bankkunden müssen wissen, dass letztlich sie teilweise die Kosten für diesen Systemumbau tragen würden. Mit dem heutigen System ist es so, dass Überweisungen von Girokonto zu Giro-

konto, also elektronische Überweisungen, kostenlos sind. Wenn die Banken keine Kredite mehr aus dem Geld auf den Girokonten gewähren können und dadurch ihre Geschäftstätigkeit gegenüber heute eingeschränkt ist, müssten sie die Kosten für diese Transaktionen zweifellos an die Kunden überwälzen. Sie könnten für jede Überweisung einen Betrag verlangen. Es kämen wohl nicht unerhebliche Verwaltungskosten auf die Kunden zu. Das müssten die Initianten klar sagen.

Die Bankkunden wären demnach Verlierer. Auch die Banken selber?

Bernholz: Gemäss der Initiative sollen die Guthaben der Banken gegenüber der Nationalbank werden, die sie zu tilgen hätten. Die Initiative sieht dafür eine Übergangsfrist von 15 Jahren vor. Das käme einer Steuer für die Banken gleich.

Auch das Investmentbanking würde eingeschränkt?

Bernholz: Ja. Aber das sähe ich nicht nur als Nachteil. Die Banken wären begrenzt in ihrer Ausleihe und der Investition von Geldern, da sie nur mit den Termin- und Spareinlagen arbeiten könnten, die sie vorher erhalten haben.

Das würde gewisse Fehlentwicklungen korrigieren.

Wenn die Schweiz als einziges Land in Europa Vollgeld einführt: Gäbe das Kompatibilitätsprobleme mit der EU, mit anderen Ländern?

Bernholz: Nein. Das Schweizer Finanzsystem würde einfach noch stabiler, als es jetzt schon ist. Das könnte aber letztlich auch negativ für die Schweiz sein, weil sich das Risiko einer Überbewertung des Franks durch die grössere Sicherheit noch erhöhte.

Für Sie überwiegen die Nachteile.

Bernholz: Man muss sagen: Die jetzige Situation hat ihre Probleme. Die Vollgeld-Idee, die aus der Zeit der grossen Depression der 1930er-Jahre stammt, ist nicht abwegig. Leider aber weist die Formulierung der Initiative so erhebliche Nachteile auf, dass man sie in dieser Form ablehnen sollte. Denn bisher hat die Schweiz auch mit dem jetzigen System alle Krisen meistern können. Ausser im UBS-Fall, wo das Eingreifen des Bundes und der Nationalbank notwendig war.

INTERVIEW DANIEL KLINGENBERG
schweiz@luzernerzeitung.ch



«Die Schweiz hat bisher alle Krisen meistern können.»

PETER BERNHOLZ

fung muss nach Prioritäten, die dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse dienen, erfolgen.» Den zweiten Systemfehler sieht Ulrich darin, dass Banken Geld schaffen können, ohne dass dieses

je für Dienstleistungen und Güter eingesetzt wird. «Das Geldvolumen des Finanzmarktes wächst über fünfmal schneller als dasjenige der Realwirtschaft. Das führt zur volkswirtschaftlich fragwürdigen Dominanz der Banken.»

Idee nach Börsencrash 1929

Diese Vollgeld-Reform, die Ulrich unter anderem mit Unikollege Philippe Mastronardi und Vollgeld-Vordenker Joseph Huber in den Abstimmungstext gegossen hat, ist in der Fachwelt keine neue Idee. Sie knüpft an Überlegungen nach dem Börsencrash 1929 an und wird seit der Finanzkrise 2008 als Möglichkeit zur Verbesserung der Finanzstabilität diskutiert.

Reinhold Harringer, früherer Stadtbankgaler Finanzchef, ist MoMo-Sprecher und mitverantwortlich für die angelaufene Kampagne. Soll es eine Abstimmung geben, müssen die Initianten bis Ende des nächsten Jahres 100 000 Unterschriften sammeln. Die Initiative scheint kompliziert, und was die Schweizer nicht verstehen, lehnen sie ab. Wie will Harringer die Leute überzeugen? «Die Grundidee der Initiative ist einfach. Es soll ein Zustand herbeigeführt werden, von dem die Leute annehmen, dass er bereits existiert: nämlich, dass das gesamte Geld allein von der Nationalbank kommt und dass die Banken nur Geld verleihen, das sie auch haben.»

Gegner in Startlöchern

Zudem sitzt der Schock der Finanzkrise tief: «Dass das heutige System gefährlich ist, hat die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt. Der Wunsch nach einem sichereren und stabileren System ist gross.» Ulrich nimmt die Kampagne gelassen: «Es geht darum, das Bewusstsein für ein anderes Denken in der Öffentlichkeit zu schaffen. Die Abstimmung ist dafür ein gutes Mittel.» Die Gegner machen ebenfalls mobil. Die Denkfabrik Avenir Suisse warnt bereits davor, an den «Grundfesten der Geldordnung» zu rütteln, die Reform brächte «weit mehr Risiken als Chancen».